



Dr. Hahn & Christiansen
Rechtsanwälte in Kooperation

RA Dr. Thorsten Hahn
Kieler Str. 72
24119 Kronshagen
Tel.: 0431/240010
recht@hahn-kiel.de
www.hahn-kiel.de

RAin Ulrike Christiansen
Lise-Meitner-Str. 2
24941 Flensburg
Tel.: 0461/5058053
recht@christiansen-fl.de
www.christiansen-fl.de

Ausgabe: private Mandanten
2006

Nr. 1 /

Verkehrsrecht

Rettung eines Hundes vor Hitzschlag

Eine Polizeistreife entdeckte in einem geparkten Pkw mit geschlossenen Fenstern einen Hund, der sichtlich unter der Hitze von 31 Grad im Schatten litt. Da vom Fahrer weit und breit nichts zu sehen war, schlugen die Ordnungshüter kurzerhand die Seitenscheibe des Wagens ein und befreiten den Hund aus seiner misslichen Lage.

Der Polizeieinsatz wurde dem Halter mit 83 Euro in Rechnung gestellt. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz bestätigte die Richtigkeit des Gebührenbescheids. Die Maßnahme war zur Rettung des Tieres erforderlich und auch verhältnismäßig. Das Gericht ließ insbesondere den Einwand des Halters nicht gelten, der meinte, die Personal- und Fahrtkosten der Polizisten seien durch die Steuerzahlungen, an denen auch er sich beteilige, bereits abgegolten.

Urteil des OVG Koblenz vom 25.08.2005
12 A 10619/05 - Pressemitteilung des OVG Koblenz

Unerlaubte Handy-Benutzung durch Ablesen der Uhrzeit

Die Frage der unerlaubten Benutzung eines Mobiltelefons während der Autofahrt beurteilt sich allein danach, ob das Mobiltelefon in der Hand gehalten wird oder nicht. Eine Geldbuße für verbotenes Telefonieren ohne Freisprecheinrichtung kann daher auch dann verhängt werden, wenn der Autofahrer das Handy nur aufnimmt, um vom Display die Uhrzeit abzulesen. Das Oberlandesgericht Hamm hält dies nicht mit dem Ablesen einer am Handgelenk getragenen Uhr vergleichbar.

Urteil des OLG Hamm vom 06.07.2005
2 Ss OWi 177/05 - Pressemitteilung des OLG Hamm

Verpasster Flug als Schadensersatz nach Unfall

Wird ein Autofahrer durch einen unverschuldeten Verkehrsunfall auf der Fahrt zum Flughafen so lange aufgehalten, dass er seinen Flug verpasst, kann er vom Unfallverursacher bzw. dessen Haftpflichtversicherung die Kosten für ein neues Flugticket ersetzt verlangen.

Dieser Anspruch entfällt allerdings, wenn der Geschädigte die Fahrt von vornherein ohne ausreichenden Zeitpuffer (z. B. wegen eines Staus oder einer Panne) angetreten ist und er bei einer rechtzeitigen Abfahrt den Flug trotz des Unfalls noch hätte erreichen können.

Urteil des AG Menden vom 20.07.2005
4 C 53/05
NJW Heft 36/2005, Seite XVI

Gebrauchtwagenkauf: missverständlicher Gewährleistungsausschluss

Enthält ein zwischen Privatpersonen geschlossener Kaufvertrag (ADAC-Formular) über ein gebrauchtes Kraftfahrzeug einen formularmäßigen Ausschluss jeder Gewährleistung, wird dieser nicht eingeschränkt, wenn an anderer Stelle des Vertrags der handschriftliche Zusatz „gekauft wie gesehen“ hinzugefügt ist.

Hinweis: Der Zusatz war hier völlig überflüssig. Da der Kaufvertrag zwischen Privatpersonen geschlossen wurde, war der Gewährleistungsausschluss uneingeschränkt wirksam. Der Zusatz war daher nur verwirrend und führte zu einem völlig unnötigen Prozess.

Urteil des BGH vom 06.07.2005
VIII ZR 136/04
BGHR 2005, 1435
DAR 2005, 560

Familienrecht

Unterhaltsberechnung bei einer berufstätigen Mutter („Betreuungsbonus“)

Eine unterhaltsberechtigende Frau, die ein kleines Kind betreut, ist grundsätzlich nicht zur Aufnahme einer Berufstätigkeit verpflichtet. Geht sie aber gleichwohl einer Tätigkeit nach, sind bei der Berechnung ihres Unterhaltsanspruchs vorab die nachgewiesenen Kosten für die Betreuung des Kindes (z. B. Tagesmutter) von ihrem Einkommen abzuziehen.

Das Kammergericht Berlin lehnte es jedoch ab, der Mutter pauschal einen bestimmten Festbetrag oder einen bestimmten Anteil ihres Einkommens als „Betreuungsbonus“ zuzubilligen.

Urteil des KG Berlin vom 05.07.2005
13 UF 9/05
NJW Heft 37/2005, Seite XIV

Kosten für Kindergarten von Regelunterhalt abgedeckt

Ein unterhaltsberechtigtes Kind kann gegenüber seinem barunterhaltspflichtigen Elternteil neben dem laufenden Unterhalt die Zahlung so genannten Sonderbedarfs geltend machen. Das Gesetz versteht unter Sonderbedarf einen unregelmäßigen, außergewöhnlich hohen Bedarf, der nicht durch den laufenden Unterhalt gedeckt ist.

Für das Oberlandesgericht Nürnberg stellen die Kosten für den halbtägigen Besuch des Kindergartens keinen Sonderbedarf des Kindes dar. Derartige Kosten sind von den für die Berechnung des laufenden Unterhalts maßgeblichen Tabellensätzen umfasst.

Urteil des OLG Nürnberg vom 29.08.2005
10 UF 395/05
Pressemitteilung des OLG Nürnberg

Arbeitslosengeld II schließt unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit nicht aus

Vor der Bewilligung von Arbeitslosengeld II werden die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Arbeitslosen umfassend durchleuchtet. Trotzdem kann sich ein Unterhaltspflichtiger nicht allein durch den Hinweis auf den Bezug von Arbeitslosengeld II seinen Zahlungsverpflichtungen entziehen.

Dies folgt zum einen daraus, dass bei der Prüfung der unterhaltsrechtlichen Leistungsfähigkeit Vermögenswerte zu berücksichtigen sind, die bei der Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung zumindest zum Teil unbeachtlich sind (z. B. Lebensversicherung). Zum anderen trifft einen Elternteil gegenüber seinem minderjährigen Kind eine gesteigerte Erwerbsobliegenheit und Verpflichtung zum Einsatz seines Vermögens (z. B. Eigentumswohnung).

Urteil des OLG Brandenburg vom 17.03.2005
9 UF 148/04 - NJW-RR 2005, 949

Recht auf Fortführung des Ehenamens nach Scheidung

Das seit 1998 geltende Ehenamensrecht sieht die Möglichkeit, dem anderen Ehegatten die Fortführung des Ehenamens nach Aufhebung der Ehe zu untersagen, nicht mehr vor. Ausnahmen sind nur in krassen Einzelfällen unter dem Gesichtspunkt des Rechtsmissbrauchs denkbar. Ein solcher Fall könnte allenfalls dann vorliegen, wenn das unlautere Verhalten eines Ehegatten gerade darauf abzielt, mit der Eheschließung den Namen des anderen Ehegatten zu erwerben.

Urteil des BGH vom 25.05.2005
XII ZR 204/02 - NJW Heft 39/2005, Seite X

Versicherungsrecht

Keine Abrechnung auf Neuwagenbasis nach 40 Tagen

Nach ständiger Rechtsprechung hat die eintrittspflichtige Versicherung bei Beschädigung des versicherten Fahrzeugs die Abrechnung auf Neuwagenbasis vorzunehmen, wenn der verunfallte Wagen nicht älter als einen Monat ist und nicht mehr als 1.000 Kilometer gefahren wurde.

Hierbei kommt es allein darauf an, wie lange dem Halter das Fahrzeug zur Verfügung stand. Daher war es im zu entscheidenden Fall unerheblich, dass der Besitzer in den ersten 40 Tagen seit der Anschaffung während einer zweieinhalb Wochen langen Flugreise nicht mit dem Wagen fahren konnte. Wegen der deutlichen Überschreitung der Monatsfrist lehnte das Gericht eine Erstattung auf Neuwagenbasis ab. Der Geschädigte erhielt lediglich die Reparaturkosten ersetzt.

Urteil des LG Schweinfurt vom 03.03.2005
21 O 959/04 - NJW-RR 2005, 1100

Fahrlässig herbeigeführter Hauseinbruch

Verlässt ein Versicherungsnehmer seine Wohnung über Nacht und zieht er die mit Glasfenstern versehene Wohnungseingangstür nur zu, ohne sie abzuschließen, so verursacht er einen Einbruchdiebstahl grob fahrlässig, wenn der Täter eine schlossnahe Scheibe einschlägt, durchgreift und die Tür mit der innen befindlichen Türklinke öffnet.

Die bestehende Hausratversicherung ist in diesem Fall nicht zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Allein die Behauptung des Geschädigten, der Täter hätte den Einbruch auch bei abgeschlossener Tür ausgeführt, reicht für den ihm obliegenden Beweis, der Schaden wäre auch ohne sein nachlässiges Verhalten eingetreten, nicht aus.

Beschluss des OLG Oldenburg vom 02.08.2005
3 U 34/05
OLGR Oldenburg 2005, 641

Kostentragung für Doppelstockgaragen

In einem Beschluss der Eigentümerversammlung kann wirksam geregelt werden, dass die anfallenden Instandsetzungskosten für einzelne Hebebühnen einer Duplex-Garage nicht die betroffenen Stellplatzinhaber zu tragen haben, sondern aus der allgemeinen Instandhaltungsrücklage zu bestreiten sind.

Derartige Hebebühnen sind als konstruktive Gebäudeteile dem Gemeinschaftseigentum zuzuordnen und sind somit nicht sondereigentumsfähig.

Beschluss des OLG Celle vom 19.08.2005
4 W 162/05
OLGR Celle 2005, 633

Wohnungskauf: Makler muss auf nahe gelegene Mülldeponie hinweisen

Ein Immobilienmakler muss seinen Kunden ungefragt auf alle wesentlichen negativen Eigenschaften der Immobilie hinweisen. Unterlässt er bei der Vermittlung einer Eigentumswohnung aus Nachlässigkeit den Hinweis, dass sich in einer Entfernung von 350 bis 500 m eine Mülldeponie befindet, stellt dies eine Vertragsverletzung dar.

Der Makler hat dem Käufer den entstandenen Schaden zu ersetzen, wenn er wegen der Beeinträchtigung durch die Mülldeponie den notariellen Kaufvertrag rückgängig macht. Dabei ist der Käufer so zu stellen, als wenn er die Immobilie nicht gekauft hätte, d. h., der Vermittler hat Zug um Zug gegen Übertragung der Eigentumswoh-

nung den Kaufpreis und sämtliche mit dem Wohnungskauf in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu erstatten.

Urteil des OLG München vom 28.07.2005
19 U 5369/04
Pressemitteilung des OLG München

Konkludenter Eintritt in Mietvertrag

Zum Zeitpunkt der Anmietung einer Wohnung durch ein Ehepaar befand sich die Ehefrau für mehrere Monate im Ausland, so dass der Mietvertrag von ihr nicht mitunterschrieben wurde. Die Unterschrift wurde auch später nicht nachgeholt. Etwa zehn Jahre danach trennte sich das Ehepaar. Der Mann zog aus, ohne den Vermieter davon zu informieren. Später stritten der Vermieter und die Frau darüber, ob zwischen ihnen ein wirksames Mietverhältnis bestand.

Der Bundesgerichtshof bejahte dies, obwohl die Frau nie ihre Unterschrift unter den Vertrag gesetzt hatte. Ihr Eintritt in den Mietvertrag ergab sich hier aus den Umständen. Die Frau hatte während der Mietzeit zahlreiche rechtserhebliche Erklärungen gegenüber der Hausverwaltung abgegeben, den gesamten Schriftverkehr im eigenen Namen geführt, nach der Trennung die Wohnung jahrelang alleine genutzt und auch die Miete selbst bezahlt.

Urteil des BGH vom 13.07.2005
VIII ZR 255/04 - BGHR 2005, 1367

Reiserecht

Hinweispflicht auf unsicheren Zimmersafe

Die Hotelleitung muss einen Gast, von dem sie weiß, dass er wertvollen Schmuck bei sich führt, ungefragt auf Sicherheitsmängel der Zimmersafes hinweisen. Wird der Schmuck aus dem Safe gestohlen, ist der Hotelbetreiber zum Schadensersatz verpflichtet.

Urteil des OLG Karlsruhe vom 27.01.2005
12 U 142/04 - MDR 2005, 868

Schwieriger Schadensnachweis bei Salmonellenvergiftung

Macht ein Pauschalurlauber Schadensersatz wegen einer während der Reise erlittenen Salmonellenvergiftung geltend, muss er nachweisen, dass die Erkrankung durch Speisen in dem gebuchten Hotel verursacht wurde. Ist nicht auszuschließen, dass die Vergiftung beispielsweise durch den Kontakt mit anderen Infizierten oder durch auswärtige sanitäre Einrichtungen entstanden ist, scheidet eine Haftung des Reiseveranstalters aus. Dies gilt auch, wenn die Infizierung durch andere

Speisen außerhalb der gebuchten Halbpension aufgetreten sein kann.

Urteil des AG Bad Homburg vom 25.01.2005
2 C 2400/04
RRa 2005, 168

Reisepreisminderung wegen Hurrikanschäden

Urlaubsbeeinträchtigungen infolge von Unwetterkatastrophen nehmen bedauerlicherweise immer mehr zu. Ist bei einer Reise in die Dominikanische Republik der Strand wegen Verwüstungen durch einen Hurrikan nicht nutzbar, rechtfertigt dies eine Reisepreisminderung von 20 Prozent. Funktionieren Licht und Föhn im Badezimmer während des gesamten Urlaubsaufenthalts nicht, kann der Hotelgast weitere 5 Prozent in Abzug bringen.

Urteil des AG Duisburg vom 06.07.2005
35 C 210/04
NJW Heft 38/2005, Seite XIV

Arbeitsrecht

Arbeitgeber muss auf wirtschaftliche Probleme hinweisen

Ein Arbeitgeber muss einen Stellenbewerber im Vorstellungsgespräch jedenfalls dann auf wirtschaftliche Schwierigkeiten des Unternehmens hinweisen, wenn sich bereits zu diesem Zeitpunkt Probleme bei der Bezahlung der Gehälter oder gar betriebsbedingte Kündigungen in absehbarer Zeit abzeichnen und der Stellenbewerber eine ungekündigte Position aufgibt.

Unterlässt der Arbeitgeber diesen Hinweis, macht er sich gegenüber dem neuen Mitarbeiter schadensersatzpflichtig, wenn diesem bereits bei Arbeitsaufnahme aus wirtschaftlichen Gründen wieder gekündigt wird.

Urteil des LAG Hamm vom 14.01.2005
10 Sa 1278/04
Handelsblatt vom 09.11.2005

Kündigung: Versäumung der Klagefrist wegen Urlaubsabwesenheit

Will sich ein Arbeitnehmer gegen eine Kündigung gerichtlich zur Wehr setzen, muss er die Kündigungsschutzklage binnen drei Wochen nach Zugang der Kündigung beim zuständigen Arbeitsgericht erheben.

Versäumt der Arbeitnehmer diese Frist, weil die Kündigung während seiner vorübergehenden Urlaubsabwesenheit bei ihm eingegangen ist, muss das Arbeitsgericht die Klage auf Antrag noch nachträglich zulassen. Die Klageeinreichung ist dann allerdings unverzüglich nachzuholen. Als lediglich vorübergehende Urlaubsabwesenheit sieht das Landesarbeitsgericht einen Zeitraum von maximal sechs Wochen an.

Urteil des LAG Nürnberg vom 23.08.2005
6 Ta 136/05 - Pressemitteilung des LAG Nürnberg

Bankrecht

Sittenwidrige Bürgschaft auch bei kleinerer Haftungssumme

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind Bürgschaftsverträge zwischen Kreditinstituten und bürgenden oder mithaftenden Angehörigen des Kreditnehmers in der Regel unwirksam, wenn die Angehörigen hinsichtlich der Höhe der Haftung wirtschaftlich erkennbar überfordert sind. Der Umstand, dass sich der Bürgschaftsbetrag auf nicht mehr als 10.000 Euro beläuft, steht der Anwendung der vom BGH entwickelten Grundsätze zur Sittenwidrigkeit von Bürgschaften naher Angehöriger jedenfalls dann nicht entgegen, wenn der Bürge nur über relativ geringfügige Einkünfte (hier netto ca. 600 Euro) verfügt.

Beschluss des OLG Celle vom 24.08.2005
3 W 119/05 - OLGR Celle 2005, 612

Weiter Haftungsumfang einer Grundschuld

In den Darlehensbedingungen einer Bank war geregelt, dass eine für das im Rahmen einer Immobilienfinanzierung gewährte Vorausdarlehen zu bestellende Grundschuld alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen gleich aus welchem Rechtsgrund absichert.

Der Bundesgerichtshof hatte keine rechtlichen Bedenken gegen die Vertragsklausel und erklärte die Vollstreckung der Bank aus der Grundschuldurkunde hinsichtlich einer Forderung, die mit der ursprünglichen Immobilienfinanzierung nichts zu tun hatte, für rechtmäßig.

Urteil des BGH vom 05.04.2005
XI ZR 167/04
NJW-RR 2005, 985

Steuerrecht

Dienstwagen: steuerpflichtige Kostenübernahme für Vignetten und Maut

Unabhängig davon, ob ein Arbeitnehmer die Nutzungsvorteile für einen privat genutzten Dienstwagen über die Führung eines Fahrtenbuchs oder mittels der so genannten Ein-Prozent-Methode ermittelt, sind die vom Arbeitgeber übernommenen Kosten für Vignetten und Maut für private Fahrten gesondert als geldwerter Vorteil zu versteuern. Diese Kosten zählen nicht zu den Aufwendungen, die mit dem Halten und dem Betrieb eines Firmenwagens zwangsläufig anfallen.

Urteil des BFH vom 14.09.2005
VI 37/03
Handelsblatt vom 16.11.2005

Kindergeld trotz bestandenen Examens

Ein Kindergeldanspruch für ein studierendes Kind kann auch noch über den erfolgreichen Abschluss des Studiums hinaus bestehen. Dies entschied das Finanzgericht Rheinland-Pfalz im Fall einer Psychologiestudentin, die nach bestandenen Examen keine Arbeit fand und daher weiterhin Vorlesungen an der Universität besuchte. Das Gericht hielt die weiteren Vorlesungsbesuche für sinnvoll und noch zur Berufsausbildung gehörig. Die Kindergeldkasse durfte demnach ihre Zahlungen nicht mit dem Abschluss des Studiums einstellen.

Urteil des FG Rheinland-Pfalz vom 28.07.2005
6 K 2422/04 - Pressemitteilung des FG Rheinland-Pfalz